



# Lagebericht zum Jahresabschluss

31. Dezember 2013





# Inhaltsverzeichnis

I	ALLGEMEINE HINWEISE, RECHTSGRUNDLAGEN .....	4
A	Allgemeine Hinweise und Rechtsgrundlagen .....	4
II	KURZFASSUNG FÜR EILIGE LESERINNEN.....	6
III	ALLGEMEINE LAGE DER HANSESTADT .....	7
A	Rahmenbedingungen und Organisation der Verwaltung .....	7
B	Gemeindefläche.....	7
C	Konjunkturpolitik.....	7
D	Steuerpolitik .....	7
E	Gemeindespezifische Wettbewerbsverhältnisse.....	7
F	Einwohnerzahl .....	8
G	Zahl der Haushalte .....	8
H	Altersstruktur .....	8
I	Nachfrage nach kommunalen Leistungen .....	8
J	Kostenentwicklung.....	8
IV	VERMÖGENS-, SCHULDEN- UND FINANZLAGE DER HANSESTADT.....	10
1	Vermögens- und Schuldenlage.....	10
A	Bilanz.....	10
B	Eigenkapitalquote I.....	10
C	Eigenkapitalquote II .....	10
D	Pro-Kopf-Verschuldung .....	11
E	Infrastrukturquote.....	11
2	Finanzlage .....	14
3	Gesamteinschätzung zur Vermögens- und Finanzlage .....	15
V	ERTRAGSLAGE DER HANSESTADT.....	16
	Ergebnisrechnung.....	16
A	Gesamteinschätzung zur Ertragslage.....	22
VI	VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG .....	23
A	Doppik-Einführung.....	23
B	Konsolidierungsfonds .....	23
C	Betriebsübergang Flughafen.....	23
D	Verschmelzung mit dem Eigebetrieb .....	23
VII	CHANCEN, RISIKEN UND PROGNOSEN .....	24
A	Konsolidierung des städtischen Haushalts .....	24
B	weitere Einflussfaktoren von außen.....	24
C	Konsolidierungsfonds .....	24
D	Wohnungsbau und Gewerbeflächen .....	24
E	Tourismus .....	24
F	Zinsänderungsrisiko.....	25
G	Risiko der Fehlbewertung von Pensionsrückstellungen .....	25
H	Prognosen.....	26
	Zusammenfassende Einschätzung .....	26

VIII ANLAGEN .....	27
A Investitionsmaßnahmen .....	27

# I Allgemeine Hinweise, Rechtsgrundlagen

## A Allgemeine Hinweise und Rechtsgrundlagen

Mit dem Jahresabschluss und dem Lagebericht zum 31.12.2013 legt die Hansestadt Lübeck den nächsten Jahresabschluss entsprechend der Regelungen nach § 95 m Abs. 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) bzw. nach den Regeln der Doppik vor. Nach § 95 m Abs. 2 GO war dieser bis zum 31.3.2014 aufzustellen.

Üblicherweise führt der verwaltungsweite Systemwechsel zum ausführlicheren doppischen Rechnungswesen zu erheblichen Verzögerungen bei der Vorlage der ersten Jahresabschlüsse der umstellenden Kommunen. Auch nach dem Stichtag der Umstellung werden schließlich noch regelmäßig neue Erfahrungen gesammelt, die in anzupassende Konzepte, Organisationsstrukturen und Arbeitsanweisungen münden. Auch die landesrechtlichen Vorgaben sind nach Änderungen und Erläuterungen inzwischen konkreter. Insgesamt können Geschäftsvorfälle inzwischen häufiger routinierter doppisch gebucht und bilanziert werden. Damit werden zunehmend auch qualitative Verbesserungen möglich.

Nach Vorgabe des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein sollen die nächsten Jahresabschlüsse schneller vorgelegt werden. Den Kommunen wird inzwischen vermittelt, dass zukünftig auch die Genehmigungen der Haushaltssatzungen von der frühzeitigeren Vorlage von überfälligen Jahresabschlüssen abhängig sind.

Zur Genehmigung der Haushaltssatzung für das Jahr 2014 wurde der Hansestadt Lübeck vorgegeben, einen Zeitplan zur Vorlage von Jahresabschlüssen fortzuschreiben. Dieser liegt der Bürgerschaft und dem Ministerium mit folgenden Daten vor.

### Zeitplan zur Vorlage von Jahresabschlüssen:

Jahresabschluss	Ursprünglicher Vorlagetermin	Aktualisierter Vorlagetermin	Status
2011	15.05.2015	15.05.2015	erreicht
2012	13.05.2016	31.03.2016	erreicht
2013	04.11.2016	15.09.2016	erreicht
2014	19.05.2017	19.05.2017	
2015	17.11.2017	17.11.2017	
2016	25.05.2018	25.05.2018	
2017	23.11.2018	23.11.2018	
2018	30.04.2019	30.04.2019	
2019	31.03.2020	31.03.2020	

Festzustellen ist, dass der Zeitplan bisher eingehalten oder unterschritten wird.



Zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Jahresabschlusses 2013 mit dem Lagebericht war die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 durch das städtische Rechnungsprüfungsamt noch nicht abgeschlossen. Die nun mit dem Prüfbericht nach dem Buchungsschluss eingegangenen Feststellungen konnten nicht mehr umgesetzt werden, ohne das Zeitziel zu gefährden.

Nach § 56 GemHVO-Doppik können bestimmte Änderungen an der Eröffnungsbilanz in den fünf darauf folgenden Jahresabschlüssen (bis zum Jahresabschluss 2014) ergebnisneutral berücksichtigt werden. Insoweit unterliegen Aussagen im Lagebericht, die auf Jahresabschluss-Angaben mit Bezug zur Eröffnungsbilanz oder zum Vorjahresabschluss basieren, ebenfalls einer Korrekturpotentialität.

Als nächster Meilenstein des Umstellungsprozesses auf die Doppik ist der erste Gesamtabschluss nach § 53 GemHVO-Doppik vorgesehen. Die Vorlage dieses Konzernabschlusses ist geplant, nachdem der erste Jahresabschluss im zeitlich rechtmäßigen Rahmen bis zum März des Folgejahres erstellt worden ist. Auf Basis der aktuellen zeitlichen Planung zur Vorlage von Jahresabschlüssen ist dies aktuell für den Jahresabschluss 2020 geplant.

Nach § 52 GemHVO-Doppik ist der Lagebericht so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu enthalten. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Der Lagebericht ist somit ein weiteres Instrument zur Darstellung der wirtschaftlichen Situation neben dem Jahresabschluss, das insbesondere auch die zeitliche Lücke zwischen dem Bilanzstichtag und dem Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses mit dem Lagebericht schließen soll. Angesichts des inzwischen sehr erheblichen Zeitraumes wurde auf die wesentlichen Ereignisse fokussiert.

Sollten nicht ausdrücklich Angaben zur Maßeinheit dem Kontext zu entnehmen sein, ist von Beträgen in Euro (€) auszugehen. Gerundete Beträge sind einzeln gerundet. Summen wurden nicht aufgrund von Rundungen angepasst.

## II Kurzfassung für eilige LeserInnen

Vorab sei auf wenige markante Daten zum Jahresabschluss hingewiesen, ohne auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Einzelnen einzugehen. Diesbezüglich sei auf die entsprechenden Erläuterungen im weiteren Teil des Lageberichts und auf den Jahresabschluss verwiesen:

- Die Hansestadt ist weiterhin zunehmend bilanziell überschuldet. Die Höhe der Überschuldung ist auf 95,7 Mio. € (Vorjahr: 88,2 Mio. €) weiter gestiegen.
- Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts wurden im Jahre 2013 fortgesetzt. Im Haushaltsjahr 2013 entstand ein Jahresfehlbetrag von ca. 0,7 Mio. €; das Jahr konnte damit wiederum deutlich besser als erwartet abgeschlossen werden. Der Planfehlbetrag betrug auf Grundlage des ursprünglichen Budgets 83,37 Mio. €.
- Die Steuerertragssituation hat sich nach dem Einbruch von 2009 aufgrund der Finanzkrise im Jahr 2013 weiter auf einem abgesenkten Niveau auch für die Hansestadt Lübeck stabilisiert.
- Das Finanzergebnis sank auf -21,8 Mio. € (Vorjahr: -18,2 Mio. €, 2011: 22,3 Mio. €) und führt zum Jahresfehlbetrag. Es spiegelt die erhebliche und weiter gestiegene Verschuldung der Hansestadt wider. Aufgrund des niedrigen Marktzinses konnten trotz steigender Verbindlichkeiten weiter sinkende Zinsaufwendungen erreicht werden. Der Jahreswert 2011 ist als Maßstab geeigneter, da im Jahre 2012 einmalige Effekte bei den Finanzeinnahmen zu berücksichtigen sind.
- Bei gleichen Tilgungsleistungen und Kreditneuaufnahmen werden die Schulden nicht in absehbarer Zeit reduziert werden können.
- Die Hansestadt konnte zu jedem Zeitpunkt auch im Jahre 2013 ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen.
- Die Abschreibungen für Anlagevermögen betragen im Geschäftsjahr 2013 insgesamt 38,3 Mio. € (Vorjahr: 33,4 Mio. €). Dem stehen Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 64,5 Mio. € (Vorjahr: 61,9 Mio. €) gegenüber.



## III Allgemeine Lage der Hansestadt

### A Rahmenbedingungen und Organisation der Verwaltung

Die Hansestadt Lübeck ist eine kreisfreie Gebietskörperschaft und zweitgrößte Stadt im Bundesland Schleswig-Holstein. Lübeck gehört zu den vier Oberzentren des Bundeslandes. Das Stadtgebiet ist in 10 Stadtteile mit 35 Stadtbezirken gegliedert.

An der Spitze der Verwaltung steht seit 01.05.2000 der erste direkt vom Volk gewählte Bürgermeister Bernd Saxe. Die Verwaltung ist in fünf Fachbereiche gegliedert (Bürgermeister; Wirtschaft & Soziales; Umwelt, Sicherheit & Ordnung; Kultur & Bildung; Planen & Bauen). In der Kernverwaltung sind 3.368 MitarbeiterInnen beschäftigt, nachdem in 2013 die MitarbeiterInnen der städtischen Gebäudereinigung in den Kernhaushalt überführt wurden.

Stadtoberhaupt der Hansestadt Lübeck ist die Stadtpräsidentin bzw. der Stadtpräsident. Die Bürgerschaft für die Wahlperiode 2013-2018 verfügt über 49 Sitze.

### B Gemeindefläche

Die Stadtgebietsfläche umfasst ca. 21.400 ha. Die Ausdehnung des Stadtgebietes beträgt von Nordost nach Südwest ca. 29,5 km, von Nordwest nach Südost ca. 15,5 km. Der Umfang des Stadtgebietes beträgt 120 km.

### C Konjunkturpolitik

Der örtliche Arbeitsmarkt hat sich weiter als robust erwiesen. Die Zahl der Erwerbslosen ist bei 10,4 % verblieben bei gleichzeitigem Anstieg der Beschäftigtenzahlen. Der Hafen hat weiter mit den Folgen der Weltfinanzkrise zu kämpfen. Der Umschlag mit 26,0 Mio. Tonnen bewegt sich auf Vorjahresniveau.

Erfreulich entwickelt sich weiter der Tourismus. Auch im Jahr 2013 stieg die Zahl der Übernachtungen weiter an und erreicht den neuen Rekordwert von 1,36 Mio. Übernachtungen (Vorjahr 1,31 Millionen).

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beträgt 68.579.

### D Steuerpolitik

Der Hebesatz der Grundsteuer B wurde zum 01.01.2011 auf 500 % erhöht, ebenso wurde der Hebesatz für die Grundsteuer A auf 400 % angehoben. Beide Hebesätze blieben im Jahr 2013 unverändert. Auch der Gewerbesteuerhebesatz bleibt unverändert bei 430 %. Im November 2011 hat die Bürgerschaft die Einführung einer Übernachtungssteuer beschlossen, die zum 01.01.2012 in Kraft trat.

### E Gemeindespezifische Wettbewerbsverhältnisse

Die Hansestadt Lübeck steht im Wettbewerb mit den Umlandgemeinden bei der Ansiedlung von Familien und Unternehmen. Um den Zuzug von Familien nach Lübeck zu ermöglichen oder eine Abwanderung zu verhindern, ist es erforderlich, ausreichend Wohnbauland vorzuhalten und gegebenenfalls neu auszuweisen, damit die Nachfrage in Lübeck bedient werden kann und nicht im Umland.

Genauso gilt es im Bereich der Wirtschaftsförderung, genügend Gewerbeflächen für Neuansiedlungen und für die Bestandssicherung von Unternehmen in Lübeck vorzuhalten. Insbesondere in Richtung der neuen Bundesländer

führt aber die Ungleichheit bei der Höhe der zulässigen Förderquoten nach wie vor dazu, dass Unternehmen dorthin abwandern. Hinzu kommen naturgemäß geringere Gewerbesteuerhebesätze in den Umlandgemeinden, die zusätzlich zu einer Verschärfung des Standortwettbewerbs führen.

Die Güte der sozialen und kulturellen Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb der Städte und Regionen. Mit der Lübecker Altstadt als UNESCO-Weltkulturerbe, der vielfältigen Kulturangebote mit Museen, Bibliotheken und Theater hat sich Lübeck das Profil als Kulturhauptstadt des Nordens erarbeitet. Hinzu kommt die nachweisbar hohe Lebensqualität mit dem Ostseeheilbad Travemünde und der malerischen Altstadt.

Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur als ein weiterer wichtiger Standortfaktor ist seit Jahren ein wichtiger Investitionsschwerpunkt. Zudem sind Sanierungen insbes. von Brücken mit hohen Investitionskosten verbunden.

#### **F Einwohnerzahl**

Die Einwohnerzahl liegt Ende 2013 bei 213.922 EinwohnerInnen (2012: 212.368).

#### **G Zahl der Haushalte**

Die Zahl der Haushalte liegt Ende 2013 bei 118.068 (2012: 117.377 ).

#### **H Altersstruktur**

Die Altersstruktur für das Jahr 2013 stellt sich wie folgt dar: In der Altersgruppe bis 17 Lebensjahre leben 32.203 Kinder und Jugendliche (2012: 32.163), das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 15,1 %. Die Altersgruppe 18 bis 64 Lebensjahre umfasst 132.566 Personen (2012: 131.129), das entspricht einem Anteil von 62,0 %. Ab 65 Lebensjahre sind 49.153 Personen (2012: 49.076) mit einem Anteil von 23 % in der amtlichen Statistik verzeichnet.

#### **I Nachfrage nach kommunalen Leistungen**

Die Nachfrage nach kommunalen Leistungen der Kernverwaltung betraf insbesondere die Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur mit Straßen, Brücken, Rad- und Gehwegen, aber auch Schulen, Kinderbetreuung, Museen, Theater, Schwimmbäder und Sportstätten. Hinzu kommen Verkehrsangelegenheiten, die Feuerwehr, die Entsorgung und die Straßenreinigung, der Rettungsdienst, Sozial- und Jugendhilfe, ferner die Bearbeitung von Bauanträgen und Bearbeitung von Bauleitplanungen sowie die Bereitstellung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

#### **J Kostenentwicklung**

Trotz Konsolidierungsmaßnahmen steigen in einigen Bereichen weiter die Kosten, ohne dass die Stadt darauf direkten Einfluss nehmen kann, weil hier bundes- oder landesgesetzliche Regelungen zu erfüllen sind.

Dazu tragen die Nettobelastungen der Stadt bei den sozialen Leistungen nach SGB II und SGB XII inklusive Grundsicherung bei.

Der Personalaufwand der Kernverwaltung für das Jahr 2013 betrug einschließlich Versorgungsaufwendungen und unter Berücksichtigung der zum 01.01.2013 erfolgten Verschmelzung des vormaligen Eigenbetriebs





Gebäudereinigung Lübeck GHG mit dem Gebäudemanagement der  
Kernverwaltung GMHL 168 Mio. € (Vorjahr 156 Mio. €).

## IV Vermögens-, Schulden- und Finanzlage der Hansestadt

### 1 Vermögens- und Schuldenlage

#### A Bilanz

Aktiva	(Mio. €)	Passiva	(Mio. €)
Anlagevermögen	1.320,44	Eigenkapital	0,00
Umlaufvermögen	125,01	Sonderposten	221,90
Akt. RAP	12,61	Rückstellungen	437,60
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	95,66	Verbindlichkeiten	869,44
		Pass. RAP	24,78
Summe	1.553,72	Summe	1.553,72

Die Hansestadt ist überschuldet. Ihr Eigenkapital ist vollständig verbraucht. Der nicht mehr durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag beträgt 95,66 Mio. € (Vorjahr: 88,18 Mio. €) und wird nach § 50 Abs. 3 GemHVO-Doppik als „negatives Eigenkapital“ auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen.

#### B Eigenkapitalquote I

Die Eigenkapitalquote I zeigt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital und errechnet sich als Prozentsatz aus Eigenkapital, zu dem der „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ mit zugerechnet wird im Verhältnis zu der Bilanzsumme.

Wert 31.12.2011	Wert 31.12.2012	Wert 31.12.2013
-4,98 %	-5,83 %	-6,2 %

#### C Eigenkapitalquote II

Zusätzlich zur Eigenkapitalquote I werden bei der Eigenkapitalquote II zum Eigenkapital die Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträge mit herangezogen und ins Verhältnis zur Bilanzsumme gesetzt. Die Eigenkapitalquote II misst den Anteil des „wirtschaftlichen“ Eigenkapitals am Gesamtkapital und verwendet zusätzlich die Sonderposten als eigenkapitalähnliche Werte.

Wert 31.12.2011	Wert 31.12.2012	Wert 31.12.2013
8,58 %	7,91 %	7,8 %

Selbst unter zusätzlicher Berücksichtigung von Sonderposten wird kein erhebliches Eigenkapital ausgewiesen. Sonderposten stellen Zuwendungen dar, die in der Regel nicht zurück zu zahlen sind. Dem entsprechend werden sie als eigenkapitalähnlich gewertet. Analog zu Erfahrungswerten für kreisfreie Städte anderer Bundesländer kann ein Orientierungswert von 50 % herangezogen werden.



## D Pro-Kopf-Verschuldung

Die Pro-Kopf-Verschuldung stellt die Kreditbelastung der Hansestadt pro EinwohnerIn dar.

	31.12.2011	31.12.2012	Wert 31.12.2013
Kredit-Verbindlichk.	732.806.693,38	759.807.576,34	777.993.362,00
EinwohnerInnen	212.305	213.368	213.922
<b>Pro-Kopf-Verschuldung</b>	<b>3.451,67</b>	<b>3.561,02</b>	<b>3.636,81</b>

Die nur gering steigende Einwohnerzahl konnte die erhebliche Steigerung bei den Kreditaufnahmen nicht ausgleichen. Die Einwohnerzahl ist dem Statistischen Jahrbuch der Hansestadt entnommen.

Hierbei ist zu beachten, dass für die Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung nur die Kredite aus Investitions- und Kassenkrediten herangezogen wurden. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und auch langfristig gebundenen Rückstellungen wurden nicht mit zur Berechnung herangezogen.

## E Infrastrukturquote

Die Quote gibt das Verhältnis von Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen der Aktivseite der Bilanz wieder. Das Infrastrukturvermögen beinhaltet nur Verkehrs- sowie Ver- und Entsorgungseinrichtungen und hat zum 31.12.2013 einen bilanzierten Wert von 394,7 Mio. €.

Wert 31.12.2011	Wert 31.12.2012	Wert 31.12.2013
27,1%	26,1%	25,0%

Mit der Entwicklung dieser Kennzahl wird dargestellt, dass der Wert des gesamten Infrastrukturvermögens gemessen an der Entwicklung der weiteren Vermögenspositionen der Bilanz stetig sinkt. Das gesamte Anlagevermögen ist im gleichen Zeitraum um 51,4 Mio. Euro auf 1.320,4 Mio. Euro gestiegen.

in T€ Einzahlungen aus	Fortgeschriebener Ansatz 2013	Ist 2013	Abweichung	Abweichung in %
Zuwendung für Investitionen	22.725	15.728	-6.997	31
Veräußerung von Grundstücken/ Gebäuden	3.560	9.409	5.849	164
Veräußerung von bewegl. Anlagevermögen	16	108	92	575
Veräußerung von Finanzanlagen	0	629	629	100
Rückflüsse für Investitionen Dritter	634	1.329	695	110
Beiträge und ähnliche Entgelte	280	732	452	161
Sonstige Investitionseinzahlung	0	0	0	0
<b>Summe</b>	<b>27.215</b>	<b>27.935</b>	<b>720</b>	<b>3</b>



„Der verzögerte Mittelabfluss im Bereich der eigenen Baumaßnahmen sowie der mit städtischen Zuweisungen und Zuschüssen geförderten Baumaßnahmen anderer Bauträger resultiert im Wesentlichen aus Verzögerungen bei der Planung bzw. im Baufortschritt der veranschlagten Maßnahmen.

Als Anlage werden die wichtigsten Investitionsmaßnahmen dargestellt, die im Haushaltsjahr 2013 ein Investitionsvolumen von 100 T€ oder mehr ausweisen. Dabei ist es unerheblich, ob die Maßnahmen 2013 fortgesetzt, begonnen oder abschließend umgesetzt worden sind. Aus der Spalte „Auszahlungen“ ist ersichtlich, inwieweit bei den jeweiligen Maßnahmen in 2013 ein Mittelabfluss (Auszahlung) stattgefunden hat. Ist die Auszahlung höher als der Planansatz zzgl. bzw. abzüglich über- und außerplanmäßiger Mittel, verfügt die Maßnahme über zusätzliche maßnahmenbezogene Haushaltsauszahlungsreste aus Vorjahren. Weiter könnten vorgenommene Sollübertragungen von deckungsberechtigten Maßnahmen oder unechte Deckungen (zweckgebundene Einzahlungen z. B. Spenden, Zuwendungen) in Anspruch genommen worden sein.

#### **Kredite für Investitionen**

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind seit dem Jahr 2000 von 490,8 Mio. € auf 538,0 Mio. € am Ende des Jahres 2013 gestiegen (darin enthalten sind 130,0 Mio. € Ablösekredite für Kassenkredite). Ohne Berücksichtigung der Ablösekredite ist ein weiterer Rückgang der Investitionskredite von 414,8 Mio. € Ende 2012 auf 408,0 Mio. € Ende 2013 festzustellen. Ursachen hierfür sind u. a. weitere Einzahlungen aus der Veräußerung von Erbbaurechten und sonstigen Grundstücksveräußerungen sowie die verstärkte Ausnutzung von Fördermöglichkeiten in den vergangenen Jahren. Auch die Verzögerungen bei der Umsetzung veranschlagter Investitionsmaßnahmen führten in der Vergangenheit zu rückläufigen Kreditaufnahmen.

Ein weiterer Grund für den Rückgang ist die Tatsache, dass die von der Hansestadt Lübeck für notwendige Investitionen u. a. in die Infrastruktur vorgesehenen Kreditaufnahmen von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt wurden. Diese Einschränkungen werden sich - bei weiterhin erheblich defizitären Ergebnisplänen - in den nächsten Jahren fortsetzen. Ende 2015 betragen die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen noch rd. 377,8 Mio. € (ohne Ablösekredite). Die Auswirkungen auf das Anlagevermögen, insbesondere des Infrastrukturvermögens der Hansestadt Lübeck, sind an vielen Stellen erkennbar.



### Kassenkredite

Die zur Sicherstellung der Liquidität aufgenommenen Fremdmittel inkl. Kassenkrediten im engeren Sinne haben sich seit 2010 unter Berücksichtigung des Finanzmittelfehlbetrages der Vorjahre wie folgt entwickelt:

Jahr	Finanzmittelfehlbetrag in Mio. €		Fremdmittel zum Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwankungen am Jahresende in Mio. €
	Plan	Ist	
2010	195,1	39,0	279,2
2011	191,2	17,7	316,9
2012	175,1	18,0	367,1
<b>2013</b>	<b>189,2</b>	<b>5,3</b>	<b>258,9</b> (+ Ablösecredite 130,0)
2014 (voraussichtlich)	73,6		242,1 (+ Ablösecredite 165,0)

Die hier ausgewiesenen Fremdmittel beinhalten neben den Kassenkrediten im engeren Sinne zusätzliche finanzielle Mittel, die die Hansestadt von den von ihr verwalteten Stiftungen und von ihren Eigenbetrieben entgegen genommen hat. Die Bilanzposition Kassenkredite enthält nur die Werte, die von Banken ausdrücklich als Kassenkredite aufgenommen wurden in Höhe von 240 Mio. € zum 31.12.2013.

Der Landesgesetzgeber hat Kommunen mit einem hohen Kassenkreditbestand Ende des Jahres 2012 die Möglichkeit eingeräumt, Kassenkredite durch Kredite mit einer Laufzeit bis längstens zum Jahr 2021 abzulösen (Ablösecredite). Davon hat die Hansestadt Lübeck Gebrauch gemacht. Bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2014 wurden insgesamt 165 Mio. € abgelöst, im Folgejahr weitere 35 Mio. €. Nach Ende der Laufzeit müssen diese Verbindlichkeiten durch reguläre Kassenkredite abgelöst werden, wenn es bis dahin nicht gelingt, den Finanzmittelfehlbetrag merklich zu senken.

Bei weiterhin unausgeglichenen Finanzplänen und deren Auswirkung in den Finanzrechnungen wird die Notwendigkeit der Aufnahme zusätzlicher Kassenkredite weiter bestehen. Gesetzlich ist dies mit einer Laufzeit von max. bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes möglich. Eine Ausweitung des Kreditbedarfes geht mit einem ansteigenden Zinsänderungsrisiko einher.



## 2 Finanzlage

Lfd. Nr.	Entwicklung der Finanzrechnung	Fortgeschriebener Plan-Ansatz 2013 in T€	Ist 2013 in T€	Abweichung in T€	Abweichung in %
1	Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	589.454	667.702	78.248	13
2	Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-663.811	-636.097	27.714	-4
3	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 + 2)	-74.358	31.604	105.962	- 143
4	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	27.216	27.935	719	3
5	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-142.106	-64.543	77.562	- 55
6	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 4 + 5)	-114.890	-36.608	78.281	- 68
7	Veränderung fremder Finanzmittel	0	-275	-275	100
8	Finanzmittelfehlbetrag (Zeilen 3 + 6 + 7)	-189.247	-5.279	183.968	-97
9	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	18.510	14.985	-3.525	19
10	= Veränderung eigener Finanzmittel (Zeilen 8 + 9)	-170.737	9.707	180.444	106
11	Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	22.568	22.568	-100
12	Liquide Mittel (Zeilen 10 + 11)	-170.737	32.275	203.012	-119

Der Anfangsbestand der liquiden Mittel (11) betrug zum 01.01.2013 insgesamt: 22.568.442,65 €.

Die liquiden Mittel weisen zum Ende des Jahres 2013 insgesamt 32.275.127,59 € aus und liegen damit um 9.706.684,94 € über dem Anfangsbestand. Dies resultiert u. a. aus der Aufnahme von Krediten zur Ablösung von Kassenkrediten über 130,0 Mio. € in 2013. Im gleichen Zeitraum wurden Kassenkredite i.H.v. 105,0 Mio. € getilgt. Weitere 25,0 Mio. € sind Anfang 2014 getilgt worden. Erfahrungsgemäß sind in den Monaten November bis Januar Kreditaufnahmen nur beschränkt möglich, um eine ausreichende Anzahl von wirtschaftlichen Angeboten zu erhalten, ist die Aufnahme im laufenden Haushaltsjahr erfolgt.

Der Betrag der liquiden Mittel weicht zwischen Finanzrechnung und Bilanz ab, da in der Bilanz zwei Konten den Forderungen zugeordnet wurden, welche auch mit in die Finanzrechnung einfließen. Diese Konten werden als Bankbestand für die Geschäftsbesorger Lübecker Musik- und Kongreßhallen GmbH und die KWL GmbH geführt. Da aber für diese erst 2014 separate Bankkonten eingerichtet wurden, werden sie erst dann den liquiden Mitteln direkt zugerechnet werden.



### 3 Gesamteinschätzung zur Vermögens- und Finanzlage

Die Hansestadt hat im Jahre 2013 und weiterhin stets ihre Verbindlichkeiten bedient.

Prekär ist die erhebliche Verschuldung der Hansestadt. Aufgrund des sehr geringen Marktzinses kam es nicht zu weiteren Verschlimmerungen.

Mit den Mechanismen zum Gemeindefinanzausgleich bzw. des Konsolidierungsfonds wurden erste geeignete Maßnahmen umgesetzt, die die Stadt bei ihren Konsolidierungsaufgaben unterstützen.

Zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage ist zudem die Betrachtung der erheblichen Bürgschaften der Hansestadt zugunsten anderer Kreditnehmer relevant. Bedingt durch die kontinuierliche Tilgung der im Bestand befindlichen von der Hansestadt verbürgten Kredite ist am Jahresende eine Reduzierung der Bürgschaftssumme auf 103 Mio. € zu verzeichnen (Vorjahr 119 Mio. €).

## V Ertragslage der Hansestadt

### Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung des vierten doppischen Haushalts zum 31.12.2013 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 709,7 T€. ab. Gegenüber dem geplanten Fehlbetrag von 83,4 Mio. € bedeutet dies eine erhebliche Verbesserung in Höhe von 82,7 Mio. €. Gegenüber dem Fehlbetrag von 99,9 Mio. €, der sich aus dem berichtspflichtigen fortgeschriebenen Planansatz (ursprünglich beschlossener Planansatz zzgl. Nachtrag, übertragener Ermächtigungen aus dem Vorjahr und Sollübertragungen, ohne über- u. außerplanmäßige Bewilligungen und unechter Deckung) ergibt, kommt es sogar zu einer Verbesserung von 99,2 Mio. €.

Die folgende Tabelle verdeutlicht, in welchen Ergebnisbereichen diese Verbesserung entstanden ist:

Mio. €	Ist 2012	Fortgeschriebener Planansatz 2013	Ist 2013	Veränderung (Vgl. fortg. Planansatz mit Ist 2013)	Abweichung in %
Ordentliche Erträge	638,2	595,1	685,3	90,2	15,2
Ordentliche Aufwendungen	637,6	666,6	664,3	-2,3	-0,3
<b>Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit</b>	0,5	-71,5	21	92,5	-129,4
Finanzergebnis	-18,2	-28,4	-21,8	6,6	-23,2
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-17,6</b>	<b>-99,9</b>	<b>-0,7</b>	<b>99,2</b>	<b>-99,3</b>

Ordentliche Aufwendungen in Höhe von 664,3 Mio. € (ggü. 666,6 Mio. €) und ordentliche Erträge in Höhe von 685,3 Mio. € (ggü. 595,1 Mio. €) führen in 2013 zu einem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 21 Mio. € (ggü. minus 71,5 Mio. € laut Plan). Damit wird das geplante Ergebnis um 92,5 Mio. € übertroffen. Diese Verbesserung kommt insbesondere durch eine Steigerung der Erträge um 15% und einer Kostenreduzierung um 0,3% zustande.

Das negative Finanzergebnis von minus 21,8 Mio. € (ggü. minus 28,4 Mio. €) ergibt sich aus Finanzerträgen von 1,4 Mio. €, denen Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen von 23,2 Mio. € gegenüber stehen. Die Verbesserung von 6,6 Mio. € gegenüber der Planung ist im Wesentlichen auf das anhaltend niedrige Zinsniveau und die gegenüber der ursprünglichen Planung geringere Kassenkreditaufnahme zurückzuführen. Auch die verringerte und verzögerte Aufnahme von Krediten für Investitionen trägt zu dem Ergebnis bei.



**Ordentliche Erträge:**

Mio. €	Ist 2012	Fortgeschriebener Planansatz 2013	Ist 2013	Veränderung (Vgl. fortg. Planansatz mit Ist 2013)	Abweichung in %
Steuern und ähnliche Abgaben	189,3	192,7	215,9	23,2	12,0
Zuwendungen und allgemeine Umlage	204,3	182,1	215,6	33,5	18,4
Sonstige Transfererträge	11,8	15,4	13,2	-2,2	-14,3
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	32,9	31,4	34,3	2,9	9,2
Privatrechtliche Leistungsentgelte	37,1	32,3	36,1	3,8	11,8
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	111,6	117,5	124,1	6,6	5,6
Sonstige ordentliche Erträge	49,7	22,3	44,7	22,4	100,4
Aktivierete Eigenleistungen	1,5	1,4	1,3	-0,1	-7,1
Bestandsveränderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Summe ordentliche Erträge</b>	<b>638,2</b>	<b>595,1</b>	<b>685,3</b>	<b>90,2</b>	<b>15,2</b>

Nach einem erheblichen Einbruch der Allgemeinen Deckungsmittel aufgrund der Finanzkrise, insbesondere der Gewerbesteuer, hat sich die Ertragssituation in 2013 auf einem abgesenkten Niveau stabilisiert und wird sich in den nächsten Jahren nach den vorliegenden Konjunkturprognosen positiv entwickeln. So haben z. B. die Erträge aus Gewerbesteuern Ende 2013 wieder das Niveau von 2008 mit ca. 80 Mio. € erreicht.

**Steuern und ähnliche Abgaben**

In der folgenden Übersicht wird auf die Steuereinnahmen und wichtigsten Finanzzuweisungen sowie Umlagen detaillierter eingegangen. Das Gesamtergebnis wurde insbesondere positiv beeinflusst durch gewährte Konsolidierungshilfe und die Fehlbetragszuweisung (20,96 Mio. €) und die höheren Erträge bei der Gewerbesteuer (plus von ca. 19 Mio. €) gegenüber dem fortgeschriebenen Planansatz.

Fehlbetragszuweisungen (ebenso wie die ab 2012 gewährten Konsolidierungshilfen des Landes) dürfen nicht in die planmäßige Veranschlagung einbezogen werden; sie stellen immer eine über den Jahresabschluss auszuweisende Verbesserung dar.



Erträge in T€	Ist 2012	Fortgeschr. Planansatz 2013	Ist 2013	Veränderung (Vgl. fortg. Planansatz mit Ist 2013)	Abweichung in %
Grundsteuer A	193	190	180	-10	-5
Grundsteuer B	34.408	34.138	35.450	1.312	4
Gewerbesteuer	66.748	67.501	86.750	19.249	29
Gemeindanteil an der Einkommensteuer	58.747	61.115	62.785	1.670	3
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	11.435	11.807	11.514	-293	-2
Vergnügungssteuern	1.796	1.551	2.280	729	47
Hundesteuer	891	800	846	46	6
Zweitwohnungssteuer	889	900	998	98	11
andere Steuern	1.232	1.300	2.086		
allgemeine Schlüsselzuweisungen	97.099	98.753	102.662	3.909	4
Sonderschlüsselzuweisungen	153	0	0	0	0
Fehlbetragszuweisung	23.730	-	20.955	20.955	100
Schlüsselzuweisungen nach § 15 FAG (übergemeindliche Aufgaben )	15.308	16.758	17.290	532	3
Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsausgleich (§ 31 a FAG)	5.739	6.236	5.920	-316	-5
sonstige allgem. Finanzausweisungen	320	461	316	-145	-31
<b>Summe der allgem. Deckungsmittel</b>	<b>318.688</b>	<b>301.510</b>	<b>350.032</b>	<b>48.522</b>	<b>16</b>
Gewerbesteuerumlage	-10.339	-10.831	-14.207	-3.376	31
allgemeine Kreisumlage				0	
zusätzliche Kreisumlage				0	
Amtsumlage				0	
Zusatzamtsumlage				0	
Finanzausgleichsumlage				0	
<b>Summe der Umlagen</b>	<b>-10.339</b>	<b>-10.831</b>	<b>-14.207</b>	<b>-3.376</b>	<b>31</b>



### Öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Leistungsentgelte

Die Mehrerträge bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten sind im Wesentlichen auf höhere Erträge bei den Verwaltungsgebühren Statik mit 1,0 Mio. €, den Benutzungsgebühren in Höhe von 2,1 Mio. € und den Erträgen aus der Refinanzierung Straßenbeleuchtung mit 0,2 Mio. € zurückzuführen.

Die Erträge aus der notwendigen Auflösung der Sonderposten für eingezahlte investive Beiträge überschreiten den Planwert um 0,1 Mio. €.

Zu den privatrechtlichen Leistungsentgelten gehören unter anderem Mieten, Pachten (plus 0,9 Mio. €) Erträge aus Erbbaurecht (minus 70 T€), Erträge aus Verkauf von Vorräten (plus 0,6 Mio. €), sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte (plus 3,0 Mio. €) und Eintrittsgelder Museen (plus 100 T€).

Die Planung und Leitung eigener Baumaßnahmen (minus 0,7 Mio. €) wurde fast vollständig nicht umgesetzt. Die zu buchenden Erträge stellen als Eigenleistungen den „Ersatz“ von städt. Personal- und Sachaufwendungen zu Lasten investiver Maßnahmen dar.

Planungs- und Leitungskosten beauftragter Architekten und Ingenieure belasten die investiven Maßnahmen im städt. Haushalt direkt.

### Sonstige ordentliche Erträge

Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen sind folgende Abweichungen zwischen fortgeschriebener Planung und Ist zu nennen:

- 10,6 Mio. € Mehrerträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden,
- 2,4 Mio. € Mindererträge aus der Verkaufsaktion,
- (der über den Buchwert der Bilanz hinausgehende Teil der Veräußerungserlöse verbessert die Ergebnisrechnung).
- Mehrerträge aus der Verzinsung von Steuernachforderungen 2,0 Mio. €.
- Mindererträge aus Nachzahlungszinsen Gewerbesteuer 700 T€,
- Mehrerträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von sonst. anderen Rückstellungen in Höhe von 3,0 Mio. €.
- Mehrerträge aus anderen sonstigen Erträgen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Höhe von 2,4 Mio. €.

### Aktiviere Eigenleistungen

Aktiviere Eigenleistungen waren im Jahre 2013 mit 1,4 Mio. € veranschlagt, sind aber lediglich in Höhe von 1,3 Mio. € angefallen und gebucht worden.

**Ordentliche Aufwendungen**

Mio. €	Ist 2012	Fortgeschriebener Planansatz 2013	Ist 2013	Plan-Ist- Abweichung 2013	Plan-Ist- Abweichung 2013 in %
Personalaufwendungen	132,1	151,3	146,2	- 5,1	-3,4
Versorgungsaufwendungen	23,4	13,5	21,5	8,0	59,3
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	65,9	72,9	67,1	-5,8	-8,0
Bilanzielle Abschreibungen	42,4	38,2	39,8	1,6	4,2
Transferaufwendungen	260,4	275,4	275,8	-0,4	0,1
Sonstige ordentliche Aufwendungen	113,3	115,2	114,0	-1,2	-1,0
<b>ordentliche Aufwendungen</b>	<b>637,6</b>	<b>666,6</b>	<b>664,3</b>	<b>-2,3</b>	<b>-0,3</b>

**Personalaufwendungen**

Die Personalaufwendungen mit Versorgungsaufwendungen stellen mit 24,4% eine wesentliche Aufwandsposition an den Gesamtaufwendungen 2013 dar. Die Personalaufwendungen sind unter Berücksichtigung der Personalkostendurchschnittswerte und notwendiger kassenwirksamer Anpassungen von den Fachbereichen kalkuliert und bewirtschaftet worden. Die Personalaufwendungen werden aufgrund des seit Jahren bestehenden defizitären Ergebnisplanes äußerst restriktiv (Wiederbesetzungssperren, Einsparung von Planstellen usw.) bewirtschaftet. Unter anderem dadurch weichen die Ist-Ergebnisse in der Regel von den geplanten Personalaufwendungen am Jahresende ab. Die Differenzen ergeben sich aus einer Vielzahl von Einzelvorgängen.

In der folgenden Tabelle ist die Entwicklung der Vollzeitstellen bei der Hansestadt Lübeck dargestellt. Hierbei sind unter Personalaufwand auch Versorgungsaufwendungen enthalten.



Datum	Beamte		Angestellte		Lohnempfänger		Vollzeitstellen	Personalaufwand T€	Anteil an Ges.aufw. %	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				
01.01.2010	928,65	32,29	1.497,37	52,06	450,10	15,65	2.876,12	146.320	23,59	1)
01.01.2011	950,55	32,55	1.532,74	52,48	437,36	14,97	2.920,65	154.958	24,04	1)
01.01.2012	964,67	32,62	1.557,66	52,67	434,99	14,71	2.957,32	155.636	23,51	1)
01.01.2013	965,42	30,31	1.585,74	49,78	634,27	19,91	3.185,43	167.696	24,39	2)
01.01.2014	963,45	30,14	1.600,27	50,07	632,70	19,79	3.196,42	166.125	23,20	3)
01.01.2015	970,00	30,26	1.609,25	50,21	625,81	19,53	3.205,06	173.321	23,14	3)
01.01.2016	981,56	29,81	2.311,09			70,19	3.292,65	191.417	23,64	4)

1) Personalaufwendungen gem. Jahresabschluss 2010 - 2012

2) Zum 01.01.2013 werden 218,13 Vollzeitstellen der Gebäudereinigung HL in die Kernverwaltung zurückgeführt. Personalaufwendungen gem. Jahresabschluss 2013

3) Personalaufwendungen gem. Ergebnisplan 2014 u. 2015

4) Personalaufwendungen gem. Ergebnisplan 2016. Stellenplan erstmalig erstellt mit KoPers. Differenzierung zwischen Lohnempfänger- u. Angestelltenplanstellen wird abgelöst durch Summe der Beschäftigtenplanstellen im Tarifbereich.

### Versorgungsaufwendungen

Um die Höhe der Pensionsrückstellung gem. des mathematischen Gutachtens der Versorgungsausgleichskasse (VAK) zu erreichen ist eine zusätzliche Zuführung nötig.

Die Zuführung zur Pensionsrückstellung wurde mit einem pauschalen Wert in Höhe von 13,5 Mio. € bei der Planung berücksichtigt. Aufgrund des nunmehr vorliegenden Gutachtens der VAK wurde eine Aufstockung um 3,2 Mio. € erforderlich, so dass insgesamt die Höhe der Zuführung zu der Pensionsrückstellung 16,7 Mio. € beträgt.

### Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zu dieser Aufwandsart gehören eine Vielzahl unterschiedlichster Aufwendungen bei denen die Abweichungen zwischen der Planung und dem Ist 2013 in der normalen Bandbreite liegen. Bei folgenden Positionen sind Abweichungen erwähnenswert:

- Unterhaltung der Hochbauten (Minderaufwendungen 4,3 Mio. €),
- sonst. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Mehraufwendungen 2,3 Mio. €)
- Mieten und Pachten für Liegenschaften (Minderaufwendungen 0,2 Mio. €).



Die vorgenannten Abweichungen ergeben im Saldo rd. 2,2 Mio. € Verbesserungen. Hierzu ist anzumerken, dass insbesondere die erst genannte „Verbesserung“ negative Auswirkungen auf das Anlagevermögen der Hansestadt Lübeck haben wird, da notwendige Unterhaltungsmaßnahmen nicht vorgenommen wurden. Die Gründe hierfür sind vielschichtig, so ist es bisher nicht gelungen ein personell und sachlich ausreichend ausgestattetes zentrales Gebäudemanagement mit entsprechenden Vollmachten und Befugnissen zu installieren. Dieser Zustand hat sich auch in den Jahren nach 2013 nicht wesentlich verbessert.

#### **Bilanzielle Abschreibungen**

Auch in der Planungsphase der Aufstellung des vierten doppischen Haushalts 2013 mit der Notwendigkeit der Veranschlagung vollständiger bilanzieller Abschreibungen bestand noch keine abschließende Klarheit über die Höhe des zu veranschlagenden Betrages, insbesondere auch hinsichtlich zu buchender Anlagenabgänge im Zusammenhang mit der Veräußerung von Vermögenswerten. Mit zunehmend besserer Datengrundlage werden sich die notwendigen Abschreibungsbeträge exakter planen lassen.

Nach den Verwaltungsvorschriften für den Kontenrahmen und den Zuordnungsvorschriften sind unter bilanziellen Abschreibungen weitere Positionen zu buchen. So werden hier ebenfalls die Abgänge von Sach- und Finanzanlagen dargestellt, denen gegenüber im Falle eines Verkaufes ein Verkaufserlös bei den sonstigen ordentlichen Erträgen gebucht wird. Auch Abschreibungen auf das Umlaufvermögen oder auf aktive Rechnungsabgrenzungsposten, die im Falle von gewährten Zuwendungen der Hansestadt zu bilden sind, werden in dieser Aufwandsposition niedergelegt.

#### **Transferaufwendungen**

Die Verschlechterung bei den Transferaufwendungen (Aufwendungen, die ohne Gegenleistung an Dritte geleistet werden) von 0,4 Mio. € ergibt sich aus einem Mehraufwand bei der Gewerbesteuerumlage von 3,4 Mio. € aufgrund der höheren Erträge bei der Gewerbesteuer (19,2 Mio. €) und wird teilweise aufgefangen durch Reduzierungen bei den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke an verschiedene Bereiche in Höhe von 2,6 Mio. €. Mehraufwendungen sind insbesondere bei Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen in Höhe von 0,5 Mio. € und innerhalb von Einrichtungen in Höhe von 1,5 Mio. € zu verzeichnen. Dagegen stehen Minderaufwendungen bei den übrigen Sozialtransferleistungen in Höhe von 2,3 Mio. €.

Insgesamt ist somit eine Verschlechterung von 0,4 Mio. € bei den Transferaufwendungen zu verzeichnen.

#### **A Gesamteinschätzung zur Ertragslage**

Die Ertragslage 2013 der Hansestadt Lübeck ist durch ein positives Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit (plus 21,0 Mio. €) und ein negatives Finanzergebnis (minus 21,8 Mio. €) geprägt. Es haben sich im Haushaltsvollzug im Saldo erhebliche Verbesserungen gegenüber der fortgeschriebenen Planung im Umfang von 99,1 Mio. € - davon rd. 90 Mio. € bei den Erträgen - ergeben. Dies hat letztlich zu einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis geführt.



## VI Vorgänge von besonderer Bedeutung

### A Doppik-Einführung

Die vollständige Umsetzung der Doppik ist noch nicht abgeschlossen und wird weitere Jahre benötigen, bis dass z.B. der Jahresabschluss rechtmäßigerweise innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres erstellt wird. Derzeit wird davon ausgegangen, dass der Jahresabschluss 2020 erstmals rechtzeitig vorgelegt werden kann. Die Erstellung des ersten Gesamtabschlusses soll sich daran anschließen.

### B Konsolidierungsfonds

Die Hansestadt Lübeck hat in den vergangenen Jahren Haushaltskonsolidierung als permanente Aufgabe verstanden und auch so gehandelt.

Das vom Land aufgelegte Programm „Konsolidierungshilfen für notleidende Kommunen“ auf der Grundlage des § 16 a FAG für den Zeitraum 2012 bis 2018 und die damit verbundene Verpflichtung zu eigenen Anstrengungen brachte hierzu eine neue Dynamik.

### C Betriebsübergang Flughafen

Am 29.11.2012 hat die Bürgerschaft entschieden, den Betrieb des Flughafens Lübeck im Rahmen eines Asset Deals auf die Yasmina Flughafenmanagement GmbH zu übertragen. Der Betrieb ging zum 01.01.2013 auf den neuen Betreiber über. Die bisherige Betreibergesellschaft Flughafen Lübeck GmbH wurde mit der Hansestadt Lübeck verschmolzen.

### D Verschmelzung mit dem Eigenbetrieb

Zum 1.1.2013 wurde gleichzeitig der Eigenbetrieb Gebäudereinigung Lübeck GHL mit der Hansestadt verschmolzen. Das Personal und das Vermögen werden seitdem im Gebäudemanagement der Hansestadt Lübeck (GMHL) geführt.

## VII Chancen, Risiken und Prognosen

### A Konsolidierung des städtischen Haushalts

Die Haushaltslage der Hansestadt Lübeck ist weiter angespannt. Vor diesem Hintergrund wird seit einigen Jahren die Haushaltskonsolidierung als eine permanente Aufgabe verstanden. Durch unterschiedlichste Maßnahmen (z.B. Budgetierung, Wiederbesetzungssperren, Aufgabenkritik, Einsparungen, Streichung und Kürzung von Leistungen, Erhöhung von Steuern, Entgelten und Gebühren, Veräußerung von Vermögen und nicht zuletzt Personalabbau) versuchen Verwaltung und Kommunalpolitik, die Haushaltslage nachhaltig zu verbessern.

### B weitere Einflussfaktoren von außen

Die Gewerbesteuererinnahmen als Haupteinnahmequelle der Stadt sind erheblichen Schwankungen unterworfen, so dass eine verlässliche Planung kaum möglich erscheint. Auch für die Zukunft ist davon auszugehen, dass die Sozialausgaben weiter ansteigen werden. Ebenso bedeutsam für den städtischen Haushalt ist die Entwicklung des Zinsniveaus angesichts einer hohen städtischen Verschuldung für Investitionen und Kassenkredite. Die Belastungen aus den künftigen Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst gehen weiter zu Lasten des Haushalts. Der Sanierungsstau bei der städtischen Infrastruktur stellt ein weiteres erhebliches Risiko für den Haushalt dar, dem in den kommenden Jahren durch Prioritätensetzung im Haushalt zu begegnen ist. Erforderlich hierfür ist aber auch, durch zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen wieder Gestaltungsspielräume im investiven Bereich zu schaffen, die derzeit nicht gegeben sind. Das Fazit bleibt, dass vor dem Hintergrund der weiterhin angespannten Haushaltslage und Verschuldungssituation die Haushaltskonsolidierung alternativlos bleibt.

### C Konsolidierungsfonds

Eine große Chance wird darin gesehen, dem Konsolidierungsfonds des Landes für finanzschwache Kommunen beizutreten. Auf der Grundlage von § 16a des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) können Gemeinden und Kreise mit besonderen Finanzproblemen im Zeitraum 2012 bis 2021 Konsolidierungshilfen unter der Voraussetzung erhalten, dass sie selbst weitere eigene nachhaltige Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung vornehmen.

### D Wohnungsbau und Gewerbeflächen

Im Gründerviertel auf der Altstadtinsel wird nach Abriss der dortigen Schulgebäude ein neues Wohnquartier auf 39 Parzellen entstehen. Ebenso sollen auf der nördlichen Wallhalbinsel durch das Projekt Kailine rund 420 Wohneinheiten entstehen. Am Stadtgraben entstehen weitere 80 Wohneinheiten. Mit diesen und anderen Maßnahmen von Privatinvestoren soll zusätzlicher, attraktiver Wohnraum geschaffen werden. Im Jahr 2014 wird das LUV SHOPPING-Einkaufszentrum in Lübeck-Dänischburg eröffnet. Diese Investition schafft 400 zusätzliche Arbeitsplätze und ist seitens der Stadtentwicklung ein weiterer wichtiger Beitrag zur Revitalisierung der nördlich gelegenen Stadtbezirke.

### E Tourismus

Der Tourismus gehört zu den Wachstumsmotoren der Stadt. Mit der Neubebauung des Aqua-Top-Grundstücks mit einem Hotel, der Realisierung des Projekts Priwall Waterfront auf dem Priwall, der Ansiedlung eines





weiteren Hotels auf der Altstadtinsel werden zusätzliche Übernachtungskapazitäten geschaffen. Im Jahr 2014 ist Lübeck Gastgeberin des 34. Hansefestes der Neuzeit, zu dem ca. 750.000 Besucher erwartet werden. Der Baufortschritt des Europäischen Hansemuseums ist ein weiterer Meilenstein zur Profilierung Lübecks als Kultur- und Tourismusstandort.

#### **F Zinsänderungsrisiko**

Die Hansestadt Lübeck ist in einem wachsenden Umfang auf Kapitalmarktkredite zur Finanzierung von Investitionen angewiesen, weil Überschüsse im konsumtiven Teil des Haushalts seit Jahren nicht erwirtschaftet wurden. Die allgemeine Zinsentwicklung ist deshalb für die Haushaltssituation von erheblicher Relevanz. Das betrifft nicht nur die Aufnahme von neuen Darlehen, sondern auch den Altbestand an Darlehen im Hinblick auf das Auslaufen von Zinsbindungsfristen.

Derzeit wird der Haushalt durch ein niedriges Zinsniveau begünstigt. Die Europäische Zentralbank EZB hat ihre Niedrigzinspolitik beibehalten.

#### **G Risiko der Fehlbewertung von Pensionsrückstellungen**

Nach § 24 Nr. 1 GemHVO-Doppik ist für Pensionsrückstellungen konkret geregelt, dass diese als Barwert auszuweisen und mit einem Alternativzinssatz von 5 % abzuzinsen sind. Hierfür wird entsprechend der Kommentierungen empfohlen, dass die Versorgungsausgleichskasse (VAK) die entsprechenden Berechnungen vornimmt. Diesen rechtlichen Vorgaben ist die Hansestadt in vollem Umfang gefolgt.

Zum Bilanzstichtag ergeben sich hieraus Pensionsrückstellungen von 411 Mio. €, die den Umfang des tatsächlichen Rückstellungsbedarfs nicht vollständig wiedergeben. Schließlich ist eine Verzinsung von 5 % am Kapitalmarkt seit Jahren nicht zu erwirtschaften. Die unterstellte Möglichkeit, bis zu einer späteren Belastung das erforderliche Kapital in dieser Höhe zinsbringend anlegen zu können, ist faktisch nicht realistisch.

Der rechtlich vorgegebene, fehlerhafte Ausweis wird bei der Betrachtung einer analogen Berechnung des Barwertes für einen durchschnittlichen Musterbeamten deutlich und wird hier anhand einer Beispielrechnung zum Jahresabschluss 2010 wiedergegeben. Wenn bei den Berechnungen im Jahre 2010 der Zinsfuß von 5 % auf z. B. 3,25 % abgesenkt worden wäre, sind bereits dramatisch abweichende Darstellungen festzustellen. Die Rückstellung betrug nach Berechnung der VAK für den Musterbeamten nur 186.350 € und würde aufgrund der fälschlicherweise unterstellten Verzinsungsmöglichkeit auf 288.943 € steigen. Hierbei war zu berücksichtigen, dass 1.486 Beamte im aktiven Dienst oder bereits pensioniert waren. Für alle wäre die Differenz jeweils als grober Schätzbetrag anzusetzen. Wenn ein zusätzlicher Ausweis notwendig ist, führt dies zu Aufwendungen in gleicher Höhe. Auf Basis der o. g. Zahlen ergab sich für die Hansestadt Lübeck ein zusätzliches Risiko aus den zu niedrig anzusetzenden Pensionsrückstellungen in der Größenordnung von mehr als 150 Mio. €. Aufgrund des seitdem weiter gesunkenen Marktzinsniveaus ergeben sich heute noch gravierendere Abweichungen.

Nach Rückfrage beim Innenministerium ist die Beibehaltung der Regelung beabsichtigt, dass für die Berechnung des Barwertes als Abzinsungszinssatz weiterhin 5 % anzusetzen sind. Ein abweichender Zinssatz nach § 41 Abs. 8 GemHVO-Doppik soll nur für Betriebe gewerblicher Art zugelassen werden. Danach würde die Rückstellung in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt und Rückstellung mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer



Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst werden.

#### **H Prognosen**

Im Ergebnisplan wird für das Jahr 2014 ein Fehlbedarf von 71,2 Mio. € geplant. Den Gesamterträgen von 644,7 Mio. € stehen Aufwendungen von 715,9 Mio. € gegenüber.

Vorgesehen sind für das Jahr 2014 Investitionen in Höhe von 53,8 Mio. € Investitionsschwerpunkte für das Jahr 2014 sind wie in den Vorjahren die Sanierung und Erneuerung von städtischen Gebäuden, Schulen und Sporthallen, Straßen- und Brückenbau sowie den Hafen.

## **Zusammenfassende Einschätzung**

Die derzeit sehr günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufgrund z. B. des niedrigen Marktzinses unterstützen die Konsolidierung. Daneben sind weitere Anstrengungen innerhalb und außerhalb der Strukturen der Hansestadt erforderlich. Hinsichtlich der ausreichenden Finanzausstattung der Kommunen sind das Land und der Bund gefordert. Daneben werden die Stadtverwaltung und die Bürger wesentliche Einschränkungen übernehmen müssen.

Mit dem Land Schleswig-Holstein wurden Konsolidierungsvereinbarungen getroffen, die finanzielle Unterstützungen und Eigenleistungen regeln. Damit ist ein unverzichtbarer Meilenstein erreicht. Weitere Einschränkungen betreffen die Qualität der Dienstleistungen der Verwaltung, die inzwischen nach außen spürbar wird.

Um die Handlungsmöglichkeiten der Hansestadt nicht weiter einzuschränken und zukünftige Generationen nicht weiter zu belasten, sind solche Maßnahmen möglichst im akzeptablen Rahmen zu halten, zum Teil aber nicht zu vermeiden.

Lübeck, den

Bernd Saxe

Bürgermeister der  
Hansestadt Lübeck



## VIII Anlagen

### A Investitionsmaßnahmen

#### Investitionsmaßnahmen 2013 ab 100.000 Euro

Bezeichnung		2013	über-/außerplanmäßige Mittel	Summe Spalte 2 u. 3	Auszahlungen
Produkte	Maßnahmen				
1		2	3	4	5
		Euro	Euro	Euro	Euro
IT-Architekturmangement/IT-Service	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	1.000.000,0	-52.100,00	947.900,00	543.759,47
Projekt NKF/DOPPIK	Finanzsoftware	450.000,0	-89.435,41	360.564,59	270.774,69
Stadtwerke	Priwallwagenfähre	1.250.000,0		1.250.000,00	1.250.000,00
Kommunaldarlehen	Gewährung Ausl. verb. Untern. Laufzeit über 5 Jahre	435.500,0		435.500,00	
Grundstücksan- und -verkäufe	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.315.000,0		1.315.000,00	478.391,05
Grundstücksan- und -verkäufe	Hochbaumaßnahmen	150.000,0		150.000,00	
Gefahrenabwehr	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	641.000,0		641.000,00	531.781,59
Gefahrenabwehr	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	551.300,0		551.300,00	705.648,80
Rettungsdienst	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	734.300,0		734.300,00	209.762,28
Katastrophenschutz	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	151.000,0		151.000,00	269.490,26
Land- und Forstwirtschaft	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	109.500,0		109.500,00	52.994,07
Leitung, Controlling, Dienste FB 4	Burgkloster/UNESCO	483.000,0		483.000,00	422.700,68
Lübecker Musik- und Kongresshallen GmbH	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	300.000,0		300.000,00	2.584,00
Grund- u. Regionalschulen	Schule an der Wakenitz	1.000.000,0	2.999,80	1.002.999,80	184.177,80
Gymnasien	Ernestinenschule/Ern. Chemie 1	185.800,0		185.800,00	
Gemeinschaftsschulen	Sch. Tremser Teich/Erweiterung	270.000,0	645.400,00	915.400,00	911.707,03
Gemeinschaftsschulen	Baltic-GS/naturw. Fachräume	180.000,0		180.000,00	
Gemeinschaftsschulen	Baltic-GS/naturw. Fachräume	180.000,0		180.000,00	
Gemeinschaftsschulen	Baltic-GS/naturw. Fachräume	180.000,0		180.000,00	22.646,41
Gemeinschaftsschulen	Projekt "Schulen ans Netz"	135.000,0		135.000,00	14.652,64
Gemeinschaftsschulen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	103.800,0		103.800,00	93.562,89
Gemeinschaftsschulen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	124.800,0		124.800,00	81.452,96
Berufsschulen	BSZ Dankwartsgrube	4.194.600,0	-1.445.463,58	2.749.136,42	6.240.739,42
Berufsschulen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	156.500,0		156.500,00	159.840,62
Berufsschulen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	152.500,0		152.500,00	65.640,12
Schülerbeförderung	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	115.000,0		115.000,00	900,00
Förderung des Sports	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen übriger Bereiche	100.000,0	50.000,00	150.000,00	75.135,09
Bark Passat/Passathafen	Passathafen/Sanitärgebäude	150.000,0		150.000,00	
Bark Passat/Passathafen	Passathafen/Wellenbrecher	300.000,0		300.000,00	
Bark Passat/Passathafen	Passathafen/Schwimmflöße	120.000,0		120.000,00	29.019,23
Bark Passat/Passathafen	Bark Passat/Ern. Passatbrücke	200.000,0		200.000,00	17.463,19
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Schlutup/Neubau	380.000,0		380.000,00	,
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Marlistr./Erweiterung	480.000,0	-240.000,00	240.000,00	77.287,78



Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Moislinger Berg/Umbau	253.000,0	-10.858,51	242.141,49	237.290,00
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Kita Brüder-Grimm-Ring	190.000,0		190.000,00	
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 150 - 1.000 €	150.500,0	6.000,00	156.500,00	100.286,77
Betreuung in Kindertageseinrichtungen	sonstige Baumaßnahmen	205.000,0	-204.300,00	700,00	30.178,96
Stadtplanung und -entwicklung	Sanierungsmaßn./Innenstadt	2.815.500,0		2.815.500,00	
Stadtplanung und -entwicklung	Soziale Stadt Buntekuh	594.900,0		594.900,00	48.300,00
Stadtplanung und -entwicklung	Soziale Stadt Moislung	180.000,0	-133.143,75	46.856,25	46.856,25
Aufgabenträgerschaft ÖPNV	Bushaltestellen	100.000,0	4.616,46	104.616,46	33.763,43
Aufgabenträgerschaft ÖPNV	Dyn. Fahrgastinformationsanl.	225.000,0		225.000,00	
Gebäudemanagement	Meesenring 7/EEM	600.000,0		600.000,00	135.291,19
Gebäudemanagement	Kita Marlistraße/EEM	670.000,0	240.000,00	910.000,00	19.004,26
Gebäudemanagement	Kita Hallandhaus/Triftstr./EEM	200.000,0		200.000,00	653.563,21
Gebäudemanagement	Holstentor-GMS/EEM 2.BA	470.000,0	-5.511,18	464.488,82	1.446.719,18
Gebäudemanagement	Schule Koggenweg/Sanierung Sporthalle	0,0	100.000,00	100.000,00	1.682.839,92
Gebäudemanagement	Schule Tremsernteich/Sporthalle	1.410.000,0	-185.847,30	1.224.152,70	1.849.473,11
Gebäudemanagement	Mühlenweg Schule/EEM	230.000,0		230.000,00	310.499,55
Gebäudemanagement	Katharinenkirche/UNESCO	1.010.000,0	-207,03	1.009.792,97	865.521,59
Gebäudemanagement	Rathaus	835.000,0		835.000,00	26.232,48
Gebäudemanagement	A.-Schw.-Schule/Umbau u. Erw	270.000,0		270.000,00	21.098,06
Gebäudemanagement	Raumplanung	600.000,0		600.000,00	3.810,00
Gebäudemanagement	Sicherheitsbel. an Schulen	100.000,0		100.000,00	22.624,71
Gebäudemanagement	St.Annen Kloster/Kellergewölbe	115.000,0		115.000,00	11.545,47
Gebäudemanagement	Holstentor-GMS/Sporthalle	1.410.000,0	-4.898,95	1.405.101,05	1.152.290,90
Gebäudemanagement	TraveSchulzentr./San.Sporthalle	270.000,0		270.000,00	549.997,56
Gebäudemanagement	Hochbaumaßnahmen	100.000,0	-46.320,00	53.680,00	31.558,47
Gemeindestraßen	Sanierung von Fahrbahndecken	185.000,0	29.968,77	214.968,77	415.804,47
Gemeindestraßen	Kanalbrücke Oberbüssau	1.250.000,0	-150.000,00	1.100.000,00	
Gemeindestraßen	Um- und Ausbau von Radwegen	147.000,0		147.000,00	247.943,97
Gemeindestraßen	Straßenbrücke Reecke	0,0	100.000,00	100.000,00	100.000,00
Gemeindestraßen	Bahnhaltep. Hochschulstadtteil	200.000,0		200.000,00	
Gemeindestraßen	Sanierung Treidelwegbrücke	150.000,0		150.000,00	288.429,36
Gemeindestraßen	Staufrei 2015/Lohmühle	125.000,0		125.000,00	
Gemeindestraßen	Passathafen Promenade	300.000,0		300.000,00	118.790,78
Gemeindestraßen	Possehlstr./Lachswehral./Wallstr.	240.000,0	78.600,00	318.600,00	629.492,80
Gemeindestraßen	Walkmühlenweg	150.000,0		150.000,00	
Gemeindestraßen	Ausbau KP K16/Untertr./Kanalstr	1.300.000,0		1.300.000,00	924.010,45
Gemeindestraßen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	150.000,0	-1.600,00	148.400,00	247.893,39
Kreisstraßen	K13/Umgehung Steinrade	1.945.000,0	48.117,14	1.993.117,14	2.731.144,14
Kreisstraßen	Hafendrehbrücke	100.000,0		100.000,00	269.020,08
Kreisstraßen	K1/Pfingstbusch	230.000,0		230.000,00	195.872,79
Kreisstraßen	K20/Waldhusener Weg	430.000,0		430.000,00	370.788,84
Kreisstraßen	Niendorfer Hauptstraße/3.BA	1.381.000,0		1.381.000,00	1.273.340,17
Kreisstraßen	Neubau A.d.Schießst./Kirschen.	100.000,0		100.000,00	
Kreisstraßen	Padelügger Weg	1.000.000,0		1.000.000,00	1.249.972,31
Kreisstraßen	Possehl-/Wallstr-Holstentorpl.	250.000,0	131.400,00	381.400,00	381.400,00
Kreisstraßen	K1/Steenkamp	140.000,0		140.000,00	132.186,01
Kreisstraßen	K18/Arnimstr. bis Wesloer Weg	330.000,0		330.000,00	316.464,60
Kreisstraßen	K22/Gustav-Radbruch-Pl.(Ringstr.)	290.000,0	-50.000,00	240.000,00	182.479,67
Kreisstraßen	Siem. Ldstr.Ol. Siems-Herrenmoor	800.000,0	-217.900,00	582.100,00	



Kreisstraßen	Ausbau KP K16/Untertr./Kanalstr	1.000.000,0	-5.000,00	995.000,00	647.130,51
Kreisstraßen	Wisbystraße	726.000,0		726.000,00	119.699,40
Kreisstraßen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	100.000,0		100.000,00	40.097,68
Landesstraßen	L92/Kronsf.Ldstr. Malmö bis UB	400.000,0	40.000,00	440.000,00	473.014,57
Landesstraßen	L290/Dänischb. Landstr. (IKEA)	150.000,0		150.000,00	
Bundesstraßen	Moislinger Allee, 2.BA	150.000,0		150.000,00	
Bundesstraßen	Neubau Bahnhoftsbrücke	400.000,0	3.355,47	403.355,47	56.818,47
Bundesstraßen	Krempelsd. Allee/Fackenb.Allee	300.000,0		300.000,00	20.753,96
Bundesstraßen	B75 Marlstraße	970.000,0	300,00	970.300,00	1.058.090,55
Bundesstraßen	Possehlbrücke/Ersatzneubau	3.000.000,0		3.000.000,00	208.991,97
Grün- und Landschaftsbau	Th.-Mann-Sch./Schulhoffläche	125.000,0		125.000,00	
Grün- und Landschaftsbau	Grundüberholung Spielplätze	300.000,0		300.000,00	183.900,32
Grün- und Landschaftsbau	Brolingplatz	150.000,0		150.000,00	18.941,59
Grün- und Landschaftsbau	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	300.000,0		300.000,00	59.983,35
Friedhofs- und Bestattungswesen	Erwerb bewegl. Anlagevermögen > 1.000 €	100.000,0		100.000,00	206.647,40
Wasser und Hafen	Fischereih.Travem./Anlegebr.	115.000,0		115.000,00	105.563,75
Wasser und Hafen	Ersatz Transportponton/Trave	140.000,0		140.000,00	
Wasser und Hafen	Erneuerung Bohlwerk/Stege Gothmund	100.000,0		100.000,00	
Wasser und Hafen	Fischaufstiegsanlage Wakenitz	360.000,0		360.000,00	
Wasser und Hafen	Spülfeld am Stau/Erweiterung	144.000,0		144.000,00	
Wasser und Hafen	Uferwand Priwallfähre Südseite	430.000,0		430.000,00	7.388,14
Wasser und Hafen	Vorw.Hf, Anleg.4, Ern. Spundw.	1.500.000,0		1.500.000,00	
Wasser und Hafen	Skandinavienkai / Flächenanhebung	600.000,0		600.000,00	212.301,65
Wasser und Hafen	Skandinavienkai/Flächenausbau 2. BA	100.000,0		100.000,00	
Wasser und Hafen	Skandinavienkai/Umbau Anleger 7	4.700.000,0		4.700.000,00	9.076.618,25
Wasser und Hafen	Skandinavienkai/Verlängerung Anleger 7a	400.000,0		400.000,00	
Wasser und Hafen	Skandikai/Bahnhof Gewerbegebiet Nord	2.000.000,0		2.000.000,00	
Wasser und Hafen	Skandikai/Bhf Gewerbe Nord/DB	1.200.000,0		1.200.000,00	
Wasser und Hafen	Skandinavienkai / Anleger 5	3.000.000,0		3.000.000,00	
Wasser und Hafen	Skandikai/Umbau Anleger 8	300.000,0		300.000,00	
Wasser und Hafen	Seelandkai / 5. BA, Liegeplatz 4	700.000,0		700.000,00	
Wasser und Hafen	Schlutupkai / 3. BA	500.000,0		500.000,00	
Wasser und Hafen	Bhf. Skandikai/Ern.Gleise 5/6	1.500.000,0		1.500.000,00	876.708,26
Wasser und Hafen	Bhf. Skandikai/Weichenheizungen	250.000,0		250.000,00	
Wasser und Hafen	Hafenbahn/Wagonerkennung	100.000,0		100.000,00	
		<b>66.785.500,00</b>	<b>-1.361.828,07</b>	<b>65.423.671,93</b>	<b>45.438.540,79</b>

**Hinweis:**

Aufgelistet sind alle Investitionsmaßnahmen, die im Haushaltsjahr 2013 ein Investitionsvolumen von 100.000 Euro oder mehr ausweisen.

Dabei ist es unerheblich, ob die Maßnahmen 2013 fortgesetzt, begonnen oder abschließend umgesetzt worden sind. Aus der Spalte "Auszahlungen" ist ersichtlich, inwieweit bei den jeweiligen Maßnahmen in 2013 ein Mittelabfluss stattgefunden hat.

Sind die Auszahlungen höher als der Planansatz zzgl. bzw. abzgl. über- und außerplanmäßiger Mittel, verfügt die Maßnahme über zusätzliche Haushaltsauszahlungsreste aus Vorjahren und/oder Sollübertragungen/unechte Deckungen.